

Positionspapier

DIGITALISIERUNG GESTALTEN - Strategie des Freistaates erweitern und gesellschaftlich verankern

Dr. Claudia Maicher, netzpolitische Sprecherin der Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Sächsischen Landtag

Ob Bildung, Arbeit oder Energie - die Digitalisierung beeinflusst viele Felder unseres alltäglichen Lebens. Sich über digitale Medien zu informieren und zu kommunizieren oder online einzukaufen, zu spielen und sich zu engagieren ist nichts Neues mehr. Die Digitalisierung birgt zum einen vielfältige Chancen – beispielsweise für eine Erleichterung bei der Antragstellung im Verwaltungsbereich, die Zugänglichkeit zu Gesundheits- oder Umweltinformationen, bessere Mobilität im Ländlichen Raum oder für eine stärkere Beteiligung von Bürger*innen – zum anderen aber auch Risiken, zum Beispiel für die Wahrung der Privatsphäre. Die digitale Transformation ist aus Sicht der GRÜNEN-Fraktion eine der größten Herausforderungen des 21. Jahrhunderts. Dieser Prozess muss aktiv politisch begleitet werden.

Die Aktivitäten der Staatsregierung sind unzureichend. Auch der mehr als 200 Seiten umfassenden Strategie "Sachsen Digital" (veröffentlicht im Jahr 2016 und zuletzt aktualisiert 2019) fehlt eine Vision, wie die Digitalisierung in Sachsen gestaltet und als politische Aufgabe wahrgenommen werden kann. Außerdem wird die Digitalisierungsstrategie außerhalb von einzelnen Fachöffentlichkeiten nicht breit gesellschaftlich diskutiert und weiterentwickelt. Die Verbesserung der Teilhabechancen für alle Alters- und Bevölkerungsgruppen, zivilgesellschaftliche Gestaltungsmöglichkeiten, die Wahrung der Grundrechte im digitalen Zeitalter und die Auswirkungen der Digitalisierung auf eine nachhaltige globale Entwicklung sind thematisch deutlich unterrepräsentiert oder fehlen gänzlich.

Die GRÜNE-Landtagsfraktion hat eine Große Anfrage zur Digitalisierungsstrategie gestellt sowie Werkstattgespräche mit Bürger*innen und ein Fachgespräch geführt, um das Thema in seiner Breite voranzubringen. Die Staatsregierung macht bisher den Fehler, sich nur kleinteilig in vielerlei Einzelmaßnahmen zu vertiefen. Wir wollen anhand der gesellschaftspolitischen Fragen der Teilhabe, der Nachhaltigkeit und des Datenschutzes den Wandel in den einzelnen Bereichen aktiv begleiten.

Querschnittsaufgaben für alle Politikbereiche

Zivilgesellschaftliche Beteiligung sicherstellen

Bei dem Erstellungs- und Weiterentwicklungsprozess der Digitalisierungsstrategie fehlt es bisher an einer breiten öffentlichen Beteiligung und der gleichberechtigten Einbindung verschiedener Gruppen. Die sogenannte Strategie ist mit Blick auf gesamtgesellschaftliche Belange bisher keine, weil sie zu einseitig aus der Perspektive Wirtschaftsförderung und Infrastruktur gedacht wurde. Die begleitenden "digitalen" Beiräte (Beirat Digitale Wertschöpfung und eHealth-Beirat für den Gesundheitsbereich) sind bisher vor allem mit Vertreter*innen aus Wirtschaft und Verwaltung besetzt. Einzelne themenspezifische "Digitalisierungsstrategien" (zum Beispiel "Medienbildung und Digitalisierung in der Schule" oder "Strategie für die Digitalisierung der Hochschulbildung") werden aus den einzelnen Ministerien heraus erstellt, die den Beteiligungsprozess unterschiedlich ausgestalten. Eine öffentliche Beteiligung von Bürger*innen an der Strategie findet faktisch nicht statt. Koordiniert werden die Aktivitäten der Staatsregierung bisher durch den Beauftragten der Staatsregierung für Digitales, der mit sechs Mitarbeiter*innen ausgestattet ist. Um die Digitalisierung gesellschaftlich zu gestalten und die Verbesserungen für die Bürger*innen in den Mittelpunkt der Entwicklungen zu stellen, bräuchte es hier eine stärkere und breitere Beteiligung, mehr Transparenz sowie eine bessere Koordinierung durch die Bündelung des Themas in einem eigenen Ministerium.

Die GRÜNE-Landtagsfraktion sieht daher folgende Handlungsbedarfe:

- eine breite Beteiligung anzustoßen, die der Reichweite einer Digitalisierungsstrategie für nahezu alle politischen Handlungsfelder gerecht wird und bei der auch auf wenig zu Wort kommende Gruppen aktiv zugegangen wird
- interessierten Bürger*innen zu Möglichkeit zu geben, in einer begleitenden öffentlichen Beteiligung ihre Interessen und Visionen einzubringen
- die Zwischenergebnisse der Strategiebildung so offenzulegen, dass eine Meinungsbildung ermöglicht wird, also Entscheidungen begründet und Kontroversen dargestellt werden
- die Koordination durch die Schaffung eines Ministeriums für Innovation und Digitales zu verbessern und ausgehend von der Verständigung auf übergreifende Werteorientierung gemeinsame strategische Schritte zu planen

Digitale Grundrechte gewährleisten

Eine der Grundfragen ist aus Sicht der GRÜNEN-Fraktion der Schutz von Grundrechten im digitalen Raum. Sie muss daher Leitlinie einer Digitalisierungsstrategie sein. Als strukturelle politische Aufgabe, die bei jeder digitalen Maßnahme mitzudenken ist, wird das jedoch bisher nicht in ausreichendem Maße umgesetzt. Dies zeigt in etwa die unzureichende Ausstattung des Datenschutzbeauftragten, dessen Aufgabenumfang immer weiter steigt. Das Recht, selbst über die Verwendung der eigenen Da-

ten zu entscheiden, ist verfassungsrechtlich verankert. Unverhältnismäßige Eingriffe in dieses informationelle Selbstbestimmungsrecht wie durch die Verschärfung des Sächsischen Polizeirechts sind daher abzulehnen. Aber auch die Folgen für die Entscheidungsfreiheit und das selbstbestimmte Handeln sind bei digitalen Entwicklungen zu betrachten. Durch Algorithmen können Entscheidungen im digitalen Bereich vorbereitet werden oder sogar komplett automatisiert erfolgen. Deshalb sollten die Risiken immer mit den Chancen durch digitale Entwicklungen im Rahmen von Technologiefolgeabschätzung abgewogen und diskutiert werden - was im Zweifelsfall auch bedeuten kann, die "analoge" Variante zu bevorzugen.

Die GRÜNE-Landtagsfraktion daher folgende Handlungsbedarfe:

- einen Meinungsbildungsprozess zu ethischen Fragen bei digitalen Entwicklungen anzuregen, im Rahmen eines breiten angelegten und kontinuierlichen Beteiligungsverfahrens, welches in allen Bereichen und unter starker Teilhabe der Zivilgesellschaft stattfindet
- Ethik und Technologiefolgenabschätzung im Zuge der Digitalisierung auch organisatorisch im politischen Gestaltungsprozess zu verankern
- grundrechteinschränkende Befugnisse der Polizei und sonstiger staatlicher Stellen beim Recht auf Privatsphäre und informationelle Selbstbestimmung zurückzunehmen und gleichzeitig die eigenen Entscheidungsrechte durch Ausbau der Auskunfts-, Benachrichtigungs- und Löschanträge für persönliche Daten zu stärken
- den Sächsischen Datenschutzbeauftragten sachlich und personell zu stärken

Nachhaltigkeit durch faire GreenIT fördern

Durch die voranschreitende Digitalisierung entsteht ein enormer Rohstoff- und Energiebedarf. Schon jetzt macht der Einsatz von Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT) mit etwa zehn Prozent einen wesentlichen Anteil des globalen Stromverbrauchs aus. Effizienzsteigerungen bei den Geräten werden häufig durch eine stärkere Nutzung dieser wieder zunichte gemacht (sog. "Rebound-Effekte"). Bei nur 25 Prozent der entsorgten IKT ist festzustellen, dass diese einem geordneten Recycling-Verfahren zugeführt werden. Die Produktion und Entsorgung von IKT ist aufgrund der verwendeten "Konfliktrohstoffe" nicht nur hinsichtlich ökologischer-, sondern auch sozialer Nachhaltigkeit problematisch, da bei deren Abbau Menschenrechtsverletzungen begangen und schwere Umweltschäden verursacht werden. Die Themen im Zusammenhang mit Nachhaltigkeit werden jedoch abgesehen von einzelnen Kriterien bei der Beschaffung in den Ministerien (wie der verpflichtende Nachweis des Zertifikats "Blauer Engel" im Sächsischen Staatsministerium der Justiz) bisher nicht aufgegriffen.

Die GRÜNE-Landtagsfraktion sieht daher folgende Handlungsbedarfe:

- eine Landesstrategie "FairGreenIT" sowohl für die öffentliche Verwaltung, als auch zur Anregung der verstärkten Nutzung im privaten Bereich

- insbesondere das Vergaberecht und die Richtlinien für die Beschaffung von IKT hinsichtlich Nachhaltigkeitskriterien auf Landesebene zu überarbeiten und die Kommunen beim Einsatz von GreenIT bzw. FairGreenIT zu unterstützen
- lokale und offene Werkstätten wie zum Beispiel Hack-Spaces zu fördern, damit die Geräte länger genutzt werden können

Gesellschaftliche Innovation und Transparenz durch Open Everything

Offenheit ist ein zentraler Ansatz bei der Digitalisierung, um den freien Zugang zu Informationen und nicht personenbezogenen Daten und damit Teilhabe, Gerechtigkeit und Innovation zu fördern – "Open Everything" ermöglicht gesellschaftliche Innovation. Für öffentlich hergestellte Daten gilt dabei das "Open Data"-Prinzip. Neben dem freien Zugang zu beispielsweise gemessenen Schadstoffwerten oder Daten zur Auslastung im Straßenverkehr sind dabei auch Informationen über Verwaltungs- und politischen Handeln gefasst. Sachsen hat jedoch als eines von nur drei Bundesländern kein Informationsfreiheits- bzw. Transparenzgesetz verabschiedet, was den Bürger*innen ein Recht auf Zugang zu öffentlich hergestellten, nicht personenbezogenen Daten und Informationen gäbe. Ohne ein solches Recht bleibt die in diesem Jahr im Rahmen der Novellierung des sächsischen E-Government-Gesetzes beschlossene Pflicht für staatliche Behörden zur proaktiven Veröffentlichung von Daten unwirksam. Auch das angelegte Open Data Portal Sachsen für die bereits veröffentlichten Daten ist von einer attraktiven Oberfläche zur Nutzung dieser noch weit entfernt. Bei der Verwendung von Software ist eine Nutzung von Open Source Software nach dem Prinzip "public money, public code" für den öffentlichen Bereich zu befürworten. Durch die Einsehbarkeit des Quellcodes für diese Software ist sie leichter auf Sicherheitslücken hin zu überprüfen. Außerdem werden öffentliche Gelder gespart, da bei Open Source Software keine Lizenzgebühren verlangt und im Idealfall sogar lokale Softwareunternehmen bzw. -entwickler*innen unterstützt werden. In der sächsischen Landesverwaltung wird derzeit keine Priorität auf Open Source Software gelegt und diese bei gerade einmal knapp acht Prozent der Betriebssysteme und Anwendungen eingesetzt.

Die GRÜNE-Landtagsfraktion sieht daher folgende Handlungsbedarfe:

- dass alle sächsischen Bürger*innen ein Recht auf Zugang zu öffentlich hergestellten, nicht personenbezogenen Daten und Informationen erhalten, die außerdem grundsätzlich kostenfrei sowie maschinenlesbar zur Verfügung stehen (siehe GRÜNES "Gesetz über die Transparenz von Informationen im Freistaat Sachsen")
- das Open Data Portal weiterzuentwickeln, insbesondere in Hinblick auf Benutzerfreundlichkeit und Maschinenlesbarkeit
- Open Source Software zum Standard in der öffentlichen Verwaltung zu machen, indem zum Beispiel die Ausschreibungsbedingungen bei Neuanschaffungen überarbeitet werden
- ein Förderprogramm für Innovationen im Bereich "Open Everything" aufzusetzen und dabei neben Open Data und Open Source ebenso weitere Bereiche - wie Open Science, Open Innovation und Open Hardware - zu berücksichtigen

Einzelne Themenfelder

Zu den einzelnen Themenfeldern haben jeweils wir eine Einschätzung vorgenommen, inwieweit diese in der Strategie erfasst werden und erste, aus unserer Sicht dringlichste nächste Schritte aufgestellt.

Digitale Bildung – der Schlüssel für ein selbstbestimmtes Leben in der digitalen Welt

Schulische Bildung

Die digitalen Entwicklungen stellen für die schulische Bildung eine große Herausforderung dar. Hervorzuheben sind hierbei insbesondere die neuen Anforderungen der digitalen und Medienbildung. Die Ziele der durch das Sächsische Staatsministerium für Kultus (SMK) veröffentlichten Strategie "Medienbildung und Digitalisierung" sind richtig und ambitioniert. Es hakt allerdings an der Umsetzung. Die in der SMK-Strategie genannten Maßnahmen sind zu unkonkret, als dass daran verbindliche Umsetzungsschritte festgemacht werden können. Ursprünglich sollte deshalb ein zweiter Maßnahmenteil erscheinen. Dieser soll nun doch nicht mehr erarbeitet werden, so die Antwort der Staatsregierung auf unsere Große Anfrage. Auch bei der Ausbildung hinken die lehramtsausbildenden Hochschulen den veränderten Anforderungen hinterher und können keine entsprechenden Maßnahmen vorweisen. Neben der Ausbildung neuer Lehrkräfte sind Fortbildungen für bestehende Lehrkräfte entscheidend für eine verstärkte und zeitgemäße digitale bzw. Medienbildung. Eine Großzahl der Angebote widmen sich dem Technikeinsatz und didaktischen Medieneinsatz. Medienpädagogische Kompetenzen, also die Bearbeitung von gesellschaftlichen, ethischen, ästhetischen Themen von Medien und Digitalisierung nehmen nur den kleineren Teil ein. Hier bräuchte es darauf einen verstärkten Fokus der Angebote.

Die GRÜNE-Landtagsfraktion sieht folgende Handlungsbedarfe:

- die SMK-Strategie "Medienbildung und Digitalisierung in der Schule" mit konkreten Maßnahmen und Zeitplänen zu untersetzen
- die verbindliche Verankerung digitaler Bildung in der Ausbildung aller Lehrämter (Pflichtmodul)
- die medienpädagogischen Fortbildungsangebote auszubauen sowie deren Reichweite durch mehr online-basierte Angebote zu erhöhen

Außerschulische digitale Bildung

In der Digitalisierungsstrategie findet außerschulische digitale Bildung außerhalb des Jugendmedienschutzes keine Beachtung. Die Chancen bei der Nutzung digitaler Medien durch junge Menschen werden damit vernachlässigt. So kann außerschulische digitale Bildung beispielsweise zur Förderung der digitalen Teilhabe, des digitalen sozialen Engagements oder der gemeinschaftlichen Ausgestaltung von Onlineangeboten verwendet werden. Auch hier sind die Qualität und Breite von Fortbildungen gute Möglichkeiten zur Nutzung der bisher vernachlässigten Potenziale. Das bisherige Fehlen von außerschulischer Bildung im Digitalisierungs-Handeln hängt auch mit einer noch fehlenden Strategie zur

gesamtgesellschaftlichen Medienbildung zusammen, deren Veröffentlichung die Staatsregierung für dieses Jahr angekündigt hat.

Die GRÜNE-Landtagsfraktion sieht folgende Handlungsbedarfe:

- neben den Risiken der Digitalisierung auch die Chancen als Inhalte außerschulischer Bildung anzuerkennen und in die strategischen Planungen einfließen zu lassen
- auch bei der außerschulischen digitalen Bildung Verbesserungen bei Aus- und Fortbildung von Erzieher*innen und Fachkräften der Sozialen Arbeit sowie die Rahmenbedingungen und Förderinstrumente offen zu diskutieren und umzusetzen

Hochschule und Forschung

Die Digitalisierung an den Hochschulen in Sachsen ist unterschiedlich weit fortgeschritten. Daher unternahm die Staatsregierung erste Schritte, um digitale Entwicklungen im Hochschulbereich voranzubringen, indem beispielsweise eine einheitliche E-Learning-Plattform angelegt wurde (OPAL). Digitale Lehr- und Lernformen werden weiterhin nur unterdurchschnittlich genutzt. Die Rahmenbedingungen für die Hochschulen zur Entwicklung einer funktionierenden und pädagogisch sinnvollen digitalen Hochschulbildung sollten daher verbessert werden. Nur so kann die Erarbeitung bestmöglicher Lehr- und Lernkonzepte zwischen Präsenzlernen, Blended learning (Kombination von Präsenzveranstaltungen und E-Learning) und reinen Online-Kursen - mithilfe von Open Educational Ressourcen (OER) oder Massive Open Online Courses (MOOC) - bis hin zu einer "Virtuellen Hochschule" erfolgen. Darüber hinaus ist die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit verschiedenen Aspekten der Digitalisierung elementar, um deren Folgen hinsichtlich ihres gesellschaftlichen Nutzens kontrollieren zu können. Deshalb muss die Digitalisierung und deren Auswirkungen als Querschnittsthema noch stärker in den Studiengängen und der Forschung abgebildet werden.

Die GRÜNE-Landtagsfraktion sieht folgende Handlungsbedarfe:

- die Erarbeitung von hochschulartenspezifischen Konzepten zur Digitalisierung in der Lehre, die unter anderem die Qualifizierung der Lehrenden beinhalten und in denen ebenso verbindliche Zeithorizonte sowie entsprechende finanzielle Erfordernisse abgebildet werden (zum Beispiel im Rahmen des Arbeitskreis E-Learning)
- eine "Virtuellen Hochschule" als eigenständige Institution einzuführen, die gleichberechtigt neben den bestehenden Hochschulen existiert und hochschulübergreifende virtuelle Studienangebote oder Studiengänge anbietet sowie als Ergänzung, zur Öffnung der bestehenden Hochschulen und als gemeinsame Ressource dient
- Anreizstrukturen für den Einsatz digitaler Lehrformate (wie Massive Open Online Courses) zu schaffen
- die gesellschaftlichen Folgen der Digitalisierung durch einen besonderen Fokus auf derartige Forschungsprojekte in der Landesforschungsförderung zu unterstützen

Weiterbildung/ Erwachsenenbildung

Digitalisierung bedeutet eine immer schnellere Veränderung alltäglicher und beruflicher Anforderungen. Damit wird lebenslanges Lernen noch wichtiger für berufliche und gesellschaftliche Teilhabe sowie des selbstbestimmten Lebens aller Menschen. Daher kommt dem Weiterbildungs-Sektor eine besondere gesamtgesellschaftliche Rolle zu. Dafür bedarf es auch der Änderung rechtlicher Rahmenbedingungen, sodass Arbeitnehmer*innen ein Rechtsanspruch auf bezahlte Bildungsfreistellung gewährt wird. Ein entsprechendes Bildungsfreistellungsgesetz existiert bis jetzt in Sachsen nicht. Aber auch nicht-berufsbezogene Weiterbildung gewinnt an Bedeutung. Dieser Aspekt findet in der Digitalisierungsstrategie allerdings keine Berücksichtigung. Dabei wird der große Entwicklungsbedarf für zielgruppenspezifische Lernangebote nicht angesprochen, insbesondere für diejenigen Bevölkerungsgruppen, die sich im digitalen Wandel zunehmend abgehängt fühlen und Orientierungsangebote sowie lebenspraktische Beratung und Unterstützung benötigen. Hier ist über den Tellerrand bisheriger Angebote hinaus zu denken, wie diese Zielgruppen besser erreicht werden können.

Die GRÜNE-Landtagsfraktion sieht folgende Handlungsbedarfe:

- die Rahmenbedingungen für Arbeitnehmer*innen hinsichtlich berufsbezogener wie nicht-berufsbezogener Weiterbildung zu verbessern (siehe GRÜNES Bildungsfreistellungsgesetz)
- Online- Weiterbildungsangebote auszubauen
- den Bedarf an Lernthemen nicht-berufsbezogener Weiterbildung zu Digitalisierung in der Bevölkerung abzufragen, um Weiterbildungsträger zu unterstützen

Verbraucherschutz

Da Kompetenzen des Verbraucherschutzes - zum Beispiel im Erkennen von versteckten Kosten bei Apps oder Online-Einkäufen - im schulischen Kontext kaum erworben werden, ist der Aufbau dieser zu fördern, um vor Gefahren im Netz zu schützen. Die Verbraucherzentrale Sachsen nimmt hier eine wichtige Rolle ein. In der Digitalisierungsstrategie "Sachsen Digital" taucht hingegen das Thema Verbraucherschutz nur am Rande auf. Dabei sind die derzeitigen Angebote nicht als ausreichend für die umfangreichen Aufgaben des Verbraucherschutzes im Zuge der Digitalisierung anzusehen.

Die GRÜNE-Landtagsfraktion sieht folgende Handlungsbedarfe:

- dem Projekt "Online-Schlichter" des Zentrums für Europäischen Verbraucherschutz e.V. für vereinfachte Schlichtungsverfahren im Bereich Online-Handel, ebenso wie bereits sechs andere Bundesländer, beizutreten
- eine landeseigene Kampagne "Digitale Selbstverteidigung", bei der Bürger*innen über unkomplizierte Möglichkeiten für einen verbesserten Datenschutz aufgeklärt werden
- die finanzielle Ausstattung der Verbraucherzentrale Sachsen zu verbessern, um neben Beratungsangeboten bei Problemfällen im Bereich "digitale Welt", dieser die Möglichkeit zu geben, noch besser präventiv tätig zu werden

Die Digitalisierung für den Klima- und Umweltschutz nutzen

Energie

Der Energiebereich vollzieht einen starken Wandel – immer mehr Bürger*innen sowie kleine und mittlere Unternehmen jenseits der "klassischen" Erzeuger werden selbst zu Energieproduzenten während sie gleichzeitig als Endverbraucher*innen Konsumenten bleiben (sogenannte "Prosumer"). Die Digitalisierung, beginnend im Bereich der Stromzähler, kann im Zuge dessen die Geschäftsmodelle der kleineren Netzbetreiber, dabei insbesondere die der Stadtwerke, grundlegend infrage stellen. Denn über Datenbanken wie Blockchain kann eine direkte und sichere Vermittlung zwischen Produzenten und Konsumenten erfolgen. Dabei erfolgt im Idealfall diese Vermittlung in der näheren Umgebung - wodurch weniger Netzkapazität benötigt wird. Es ist eine politische Aufgabe, in diesem Prozess Rahmenbedingungen zu setzen und die Stadtwerke bei der Anpassung ihrer Geschäftsmodelle zu unterstützen. Außerdem sind die Chancen durch Open Data für die Energiewende hervorzuheben, beispielsweise indem über entsprechende frei verfügbare Daten private Haushalte und Unternehmen zur Nutzung von Solarenergie über Photovoltaik-Anlagen angeregt werden.

Die GRÜNE-Landtagsfraktion sieht folgende Handlungsbedarfe:

- Pilotprojekte zur lokalen und dezentralen Energieversorgung durch Prosumer via datenbank-basierten, verschlüsselten Peer-to-Peer-Transaktionen oder Micro-Grids zu ermöglichen
- die Beratung insbesondere von kleineren Stadtwerken in Bezug auf digitale Entwicklungen auszubauen
- eine Open-Data-Strategie für den Energiebereich aufzusetzen

Umwelt

Zur Förderung des Umwelt- und Naturschutzes kann das Engagement über digitale Lösungen gestärkt werden. Ein gutes Beispiel hierfür ist das Projekt "Regiocrowd" des Naturpark Dübener Heide, welches im Rahmen der Digitalisierungsstrategie durch das Land gefördert wurde. Leider lief die Förderung im Jahr 2018 aus. Wie in der allgemeinen schulischen Bildung auch, können digitale Möglichkeiten die Angebote in der Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) erweitern bzw. in bestehende Angebote integriert werden, zum Beispiel Apps zur Pflanzenbestimmung ("Flora Incognita"-App) oder E-Learning-Module. Außerdem sind die Open Data-Prinzipien auch für Umweltdaten anzuwenden. Hier wäre ebenso eine Anregung zur aktiven Produktion dieser, in etwa im Rahmen von Mitmachprogrammen zu begrüßen. Dabei eignen sich insbesondere Vorhaben zur Kartographierung, beispielsweise zum Baum- und Pflanzenbestand in geschützten Gebieten.

Die GRÜNE-Landtagsfraktion sieht folgende Handlungsbedarfe:

- die nachhaltige Nutzung der Plattform "Regiocrowd" durch eine langfristig angelegte Förderung sicherzustellen und das Projekt ggf weiterzuentwickeln

- Digitalisierungsvorhaben im Bereich der Umweltbildung / Bildung für nachhaltige Entwicklung durch ein Förderprogramm zu unterstützen
- grundsätzlich alle Umweltdaten auf einer zentralen Plattform als Open Data öffentlich, maschinenlesbar und kostenlos zugänglich zu machen, in etwa im Rahmen des geplanten Fachinformationssystems Naturschutz (FIS Naturschutz) und ebenso die Produktion von Daten im Bereich Umwelt und Natur zu fördern

Landwirtschaft

In der Landwirtschaft kann sogenanntes "Smart Farming" oder "Precision Farming" zu mehr Nachhaltigkeit beitragen, beispielsweise indem durch eine teilflächenspezifische Düngerausbringung Ressourcen geschont werden. Innovationen in diesen Bereichen haben das Potenzial, die Geschäftsmodelle und die Wertschöpfung der Landwirtschaftsbetriebe entscheidend zu verändern. Die "simul+ Initiative" des Staatsministeriums für Umwelt und Landwirtschaft (SMUL) zur Anregung von Innovationen, unter anderem zur Digitalisierung in der Landwirtschaft sowie die im Rahmen des "simul+Innovation-Hub" geplanten Untersuchungen, Experimentierräume und Demonstrationsvorhaben sind daher sinnvoll und richtig. In vielen landwirtschaftlichen Betrieben in Sachsen werden Elemente von "Smart Farming" bereits jetzt eingesetzt, wobei der Staatsregierung allerdings keine konkreten Zahlen zum Umsetzungsstand vorliegen. Es bleibt die Herausforderung zu verhindern, dass vor allem die kleinen und mittleren landwirtschaftlichen Betriebe von der Entwicklung abgehängt werden, bestehen. Hier braucht es eine stärkere Unterstützung durch das Land. Dabei muss auch in diesem Bereich Open Data für die benötigten Geodaten konsequent umgesetzt werden, da die Daten die Voraussetzung für die Nutzung digitaler Entwicklungen in der Landwirtschaft bilden.

Die GRÜNE-Landtagsfraktion sieht folgende Handlungsbedarfe:

- die Erstellung Studie zum Einsatz von Smart Farming und entsprechenden Handlungsbedarfen bei den landwirtschaftlichen Betrieben in Sachsen
- Beratungsleistungen für kleinere und mittlere Landwirtschaftsbetriebe bezüglich Smart Farming bzw. Precision Farming einzurichten beziehungsweise zu fördern sowie Digitalisierungsvorhaben dieser wirksamer zu unterstützen
- Open Data im Bereich Geodaten weiter voranzutreiben, indem nicht personenbezogene Daten vollständig kostenlos zur Verfügung gestellt und somit agrartechnisch nutzbar gemacht werden

Kreislaufwirtschaft

Die fehlende Informationsverfügbarkeit von Rezyklaten ist derzeit ein entscheidendes Hindernis für die Weiterverwendung von Stoffen. Benötigte Informationen können in etwa über Sensoring gewonnen werden, beispielsweise zu Materialzusammensetzung oder Reinheit der verwendeten Stoffe. Darauf aufbauend bieten Innovationen wie "Internet of Things"- oder plattformbasierte Lösungen die

Chance, die optimale Nutzung von Big Data in der Kreislaufwirtschaft voranzubringen. Bisher stehen derartige Überlegungen noch am Anfang.

Die GRÜNE-Landtagsfraktion sieht folgenden Handlungsbedarf:

- ein Kompetenzzentrum Digitale Kreislaufwirtschaft, in dem Vertreter*innen aus Wissenschaft, Wirtschaft und Zivilgesellschaft an optimalen Lösungen in diesem Bereich arbeiten, Beratungsangebote für innovative Geschäftsmodelle entwickeln sowie kleine und mittlere Unternehmen der Kreislaufwirtschaft in Bezug auf Digitalisierungsvorhaben beraten werden

Digitale Teilhabe für alle Alters-, Bevölkerungsgruppen und zivilgesellschaftliche Akteure

Jugendarbeit

Das veränderte Mediennutzungs- und Kommunikationsverhalten junger Menschen hat im Zuge der Digitalisierung eine hohe Bedeutung. Hinzu kommen die Herausforderungen durch die gezielte Werbung der neuen Rechten für junge Menschen im Netz sowie die generelle Entwicklung, dass die Zahl der Jugendlichen im Ländlichen Raum weiter abnimmt. Jugendclubs erreichen vor allem im Ländlichen Raum junge Menschen tendenziell weniger. Die aufsuchende Online-Arbeit kann diese Lücke schließen. Außerdem fehlt der Austausch mit Jugendverbänden zu den digitalen Entwicklungen und deren Auswirkungen auf die Jugendarbeit.

Die GRÜNE-Landtagsfraktion sieht folgende Handlungsbedarfe:

- neue Ansätze der aufsuchenden Online-Jugendarbeit im Rahmen der "Förderrichtlinie Weiterentwicklung" des Staatsministeriums für Soziales und Verbraucherschutz zu erproben
- unter Beteiligung insbesondere von Jugendlichen und den Jugendverbänden weitere konkrete Handlungsbedarfe von Jugendarbeit in der digitalen Welt zu erarbeiten und entsprechende Maßnahmen abzuleiten, die finanziell zu untersetzen sind

*Teilhabe von Senior*innen*

Während fast jeder Jugendliche im Alter von 14 bis 19 Jahren das Internet nutzt, sind es bei den über 70-Jährigen im Jahr 2018 nur 45 Prozent. Somit werden viele Senior*innen immer mehr vom gesellschaftlichen Leben ausgeschlossen, das zunehmend digital stattfindet. Diese Problematik hat bisher jedoch keinen Eingang in die Digitalisierungsstrategie "Sachsen Digital" gefunden und es sind von der Staatsregierung auch keine konkreten Maßnahmen zur digitalen Teilhabe von Senior*innen geplant.

Die GRÜNE-Landtagsfraktion sieht folgende Handlungsbedarfe:

- niedrigschwellige Weiterbildungsangebote zur Stärkung der Teilhabe von Senior*innen an der Digitalisierung zu fördern und neben klassischen Weiterbildungsträgern auch weitere wie Senioreneinrichtungen und Pflegeheime sowie unkonventionelle Projekte wie Nachbarschaftshilfen oder "Train-the-Trainer"-Programme zu unterstützen

- intergenerative Programme zur Vermittlung digitaler Kompetenzen wie "TechnikBotschafter", "Internetpaten" oder "Taschengeldbörsen" zu fördern

Ehrenamt

Die Digitalisierung kann ehrenamtliches Engagement stärken. Zum einen als Unterstützung bzw. Erweiterung der Vereinsarbeit, zum anderen als die neue Form des rein digitalen Engagements. Beide Potenziale sind besser zu nutzen und geeignete Rahmenbedingungen zu schaffen. Des Weiteren ist es für viele ehrenamtlich geführte Vereine eine Herausforderung, mit den digitalen Entwicklungen Schritt zu halten - aufgrund der zeitlich, finanziell und personell begrenzten Ressourcen. Aufsuchende Beratungsangebote müssen ausgebaut und finanzielle Unterstützungsleistungen für die benötigte Technik geschaffen werden. Denn insbesondere im Ländlichen Raum nehmen die Träger von Engagement und Gemeinwesen eine wichtige Rolle zur Attraktivität und Qualität des Lebens sowie für den gesellschaftlichen Zusammenhalt ein.

Die GRÜNE-Landtagsfraktion sieht folgende Handlungsbedarfe:

- das Portal ehrenamt.sachsen.de zu erweitern, beispielsweise indem eine Börse für einmalige oder kleinteilige ehrenamtliche Aufgaben, eine Plattform für Crowdfunding-Projekte oder eine Datenbank für Fortbildungsmöglichkeiten in Bezug auf die ehrenamtliche Tätigkeit eingerichtet wird
- sich für die Förderung und Anerkennung digitaler Ehrenamtler*innen einzusetzen
- aufsuchende Beratungsangebote im Zusammenhang mit Digitalisierung für gemeinnützige Vereine auszubauen und diese ebenso finanziell bei Kosten für Hard- und Software zu unterstützen
- Kooperationen, beispielsweise mit Unternehmen und Institutionen der öffentlichen Verwaltung, zur Weiterverwendung von gebrauchter Hardware für Vereine zu fördern

Gesundheit

Die Digitalisierung verspricht das Gesundheitswesen grundlegend zu verändern. Dies bedeutet für Patient*innen, Verbraucher*innen, für die Gesundheitspolitik als auch für alle im Gesundheitswesen Tätigen Chance und Herausforderung zugleich. Umso bedeutsamer ist es, sie aktiv im Sinne der Bürger*innen zu gestalten sowie Risiken offen zu diskutieren und mögliche Fehlentwicklungen zu vermeiden. In Sachsen wird über die Richtlinie zur Förderung der Digitalisierung im Gesundheitswesen der Einsatz von telemedizinischen Entwicklungen unterstützt. Außerdem wurde unter anderem die Plattform "CCS Telehealth Ostsachsen" zur Verbreitung und Entwicklung telemedizinischer Anwendungen in Ostsachsen gefördert. Dennoch sind Umsetzungsschwierigkeiten zu erkennen. Um insbesondere Einrichtungen in den unterversorgten Gebieten mitzunehmen, wo digitale Anwendungen besonders zu Verbesserungen beitragen können, sind die Vernetzungs- und Beratungsangebote auszubauen. Auch ist die Digitalisierung im Gesundheitswesen kein Selbstzweck, sondern muss sich konsequent an den Vorteilen für die Patient*innen sowie den Beschäftigten im Gesundheitssektor orientieren.

Die GRÜNE-Landtagsfraktion sieht folgende Handlungsbedarfe:

- die Vernetzung von Akteur*innen im Gesundheitswesen sowie die Beratung von medizinischem Fachpersonal bezüglich der Einsatzmöglichkeiten von digitalen Instrumenten (bspw. Videosprechstunden oder telemedizinische Anwendungen) zu verbessern, in etwa durch die Schaffung einer Koordinierungsstelle
- die Mitbestimmung im Gesundheitssektor bei Entscheidungen zum Thema E-Health bzw. telemedizinischen Anwendungen zu stärken und dafür mindestens Vertretungen von Patient*innen sowie des Gesundheitspersonals als ständige Mitglieder im E-Health-Beirat aufzunehmen und weitere breite Beteiligungsformate zu organisieren

Pflege

Auch im Pflegebereich sind Potenziale durch die Digitalisierung zu erkennen. Die Bemühungen der Staatsregierung können allenfalls einen Anfang darstellen, denn bisher werden nur innovative Ansätze des "Active Assisted Living" (digitale und telemedizinische Unterstützungsleistungen zur Vereinfachung des Alltags älterer bzw. pflegebedürftiger Menschen) mithilfe von EU-Mitteln gefördert. Die vielfältigen Chancen der Digitalisierung für den Bereich der Pflege - von digitalen "Alltagshelfern" bis hin zu E-Learning-Ansätzen und Gaming - müssen identifiziert sowie unter ethischen (zum Beispiel in Bezug auf den Einsatz von Robotik) und datenschutzrechtlichen Gesichtspunkten diskutiert werden.

Die GRÜNE-Landtagsfraktion sieht folgende Handlungsbedarfe:

- unter breiter Beteiligung von pflegebedürftigen Menschen, Pflegenden, Wissenschaft und weiteren Akteuren in Form einer Landesarbeitsgemeinschaft die Chancen und Herausforderungen durch die Digitalisierung im Pflegebereich zu erarbeiten, woraus im Anschluss entsprechende Maßnahmen abzuleiten sind
- in diesem Zusammenhang ein "Smart Home"-Modellprojekt zu fördern, in dem insbesondere eine ethische und datenschutzrechtliche Begleitung stattfindet

Barrierefreiheit

Um Menschen mit Behinderungen nicht vom digitalen Wandel auszuschließen, muss bei digitalen Entwicklungen immer das Thema Barrierefreiheit mitgedacht werden. Mit dem Kompetenzzentrum "BIKOSAX" der Deutschen Zentralbibliothek für Blinde in Leipzig gibt es eine Einrichtung, die sächsische Behörden bei der barrierefreien Umsetzung von Informationstechnik berät. Angesichts der immensen Aufgabe von BIKOSAX, neben staatlichen Behörden des Landes ebenso nichtstaatliche Einrichtungen zu beraten ist kritisch zu sehen, ob die derzeit geplante Ausstattung des Kompetenzzentrums ausreichend ist. Gleiches gilt für spezielle Ansprechpartner in weiteren Bereichen. Es bedarf eines breiten Umsetzungsplans, der insbesondere zusätzlich zu den bisherigen Maßnahmen auch die Möglichkeiten der Digitalisierung (zum Beispiel in Form von Apps) für eine bessere Teilhabe von Menschen mit Behinderung am gesellschaftlichen Leben nutzt und diese aktiv in den Gestaltungsprozess einbezieht.

Die GRÜNE-Landtagsfraktion sieht folgende Handlungsbedarfe:

- die breite Umsetzung der Barrierefreiheit im digitalen Bereich, zum Beispiel bei Websites bzw. digitalen Angeboten zur Bürger*innenbeteiligung und im Kulturbereich (beispielsweise in Bezug auf Videoformate), indem entsprechende Mehrbedarfe bzw. Aufstockungen der bestehenden Stellen geprüft und bei ggf. fehlenden Ansprechpartnern in bestimmten Bereichen diese geschaffen werden
- ein Förderprogramm für innovative digitale Angebote zur Verbesserung der gesellschaftlichen Teilhabe von Menschen mit Behinderung und zur Befähigung dieser, selbst digitale Entwicklungen zu gestalten, aufzusetzen

Integration

Digitale Angebote wie Apps oder Plattformen können zu einer gelingenden Integration beitragen. Bisher sind jedoch keine diesbezüglichen Maßnahmen und strategische Überlegungen im Rahmen der Digitalisierungsstrategie Sachsens ersichtlich. Ein gutes Beispiel der digitalen Möglichkeiten für Zugewanderte stellen App-basierte, mehrsprachige Informationsangebote dar (beispielsweise zu den Themenbereichen Arbeitsmarktzugang, Sprachlernförderung, Wohnraum und Teilhabe). Derartige Angebote sind bisher zu selten in den in den sächsischen Landkreisen und Kommunen verfügbar. Darüber hinaus muss ebenso die Mehrsprachigkeit auf den relevanten Internetauftritten des Landes umgesetzt werden. Diese sind bisher durchgängig nur in deutscher Sprache gestaltet. Außerdem ist die Versorgung mit W-LAN in Einrichtungen für Geflüchtete unzureichend. Dabei ist gerade für Geflüchtete der Zugang zu W-LAN elementar, um mit den Angehörigen in der Heimat Kontakt halten zu können.

Die GRÜNE-Landtagsfraktion sieht folgende Handlungsbedarfe:

- die sächsischen Landkreise und Kommunen bei der Einrichtung App-basierter, mehrsprachiger Informationsangebote für Zugewanderte zu unterstützen
- die für Zugewanderte besonders relevanten Internetauftritte des Landes mehrsprachig zu gestalten
- kostenfreies W-LAN in allen Einrichtungen für Geflüchtete zu etablieren

Sport

eSport ist mittlerweile weltweit verbreitet und verbindet wie kaum ein anderer Sport international. Es gilt aber ebenso auf die Probleme, wie beispielsweise das sogenannte "Gaming Disorder" (Klassifizierung von exzessivem Gaming als Krankheit nach WHO) oder in Bezug auf Diskriminierungen (Hate Speech, Cybermobbing, etc.) zu achten. Die Auseinandersetzung mit dem Thema auf den verschiedenen Ebenen hat erst begonnen, auch in Sachsen sollte der Diskurs angeregt werden.

Die GRÜNE-Landtagsfraktion sieht folgende Handlungsbedarfe:

- die Befassung mit eSport als Massenphänomen, dafür den Austausch mit organisierten Akteuren im Bereich eSports zu suchen und sich mit den Chancen und Risiken, zum Beispiel durch

Beauftragung wissenschaftlicher Studien und im Rahmen von gesellschaftlich breit geführten Diskussionsprozessen, auseinanderzusetzen

- sich für die erleichterte Anerkennung der Gemeinnützigkeit von eSport-Vereinen auf Bundesebene einzusetzen sowie deren Integration in den Landessportbund (LSB) voranzutreiben

Nachhaltige Stadt- und Landesentwicklung durch Digitalisierung

Smart City

Die Digitalisierung hat aufgrund ihres umfassenden Charakters zwangsläufig erhebliche Auswirkungen auf die Stadt- und Landesentwicklung. Diesen versuchen viele Städte unter dem Titel "Smart City" zu begegnen. Die "Smart City"-Bemühungen in Sachsen werden bisher vor allem in den drei Großstädten von kommunaler Seite vorangetrieben, in Leipzig mit Unterstützung durch EU-Mittel. Um insbesondere auch in den Klein- und Mittelstädten Sachsens sinnvolle digitale Lösungen in die Stadtentwicklung zu implementieren und ein ganzheitliches "Best-Practice"-Projekt zu entwickeln, sehen wir ein Smart-City-Modellprojekt als praktikabel an.

Die GRÜNE-Landtagsfraktion sieht folgenden Handlungsbedarf:

- ein Smart-City-Modellprojekt in einem sächsischen Oberzentrum (bspw. Plauen/ Zwickau/ Görlitz) oder Mittelzentrum (bspw. Freiberg/ Mittweida/ Weißwasser/ Zittau) mithilfe von EU-Mitteln und unter einem breiten Beteiligungsprozess von Bürger*innen, Wissenschaft, Zivilgesellschaft und Wirtschaft zu starten
 - dabei kann die Lebensqualität verbessert werden, etwa indem über digitale Plattformen Nachbarschaftsnetzwerke gestärkt oder Verkehrsflüsse durch digitale Unterstützungen, zum Beispiel zur Fahrrad-Priorisierung bei Ampelschaltungen, optimiert werden
 - dennoch sind "Smart-City"-Vorhaben immer hinsichtlich ihrer ethischen- datenschutz- und datensicherheitsmäßigen sowie Nachhaltigkeits- Auswirkungen zu betrachten

Mobilität

Die Mobilität jenseits des motorisierten Individualverkehrs kann durch digitale Lösungen entscheidend verbessert werden. So existieren in Sachsen erste Testfelder für autonomes Fahren und Pilotprojekte im Bereich intelligente Verkehrssysteme wurden gestartet. Diese Bemühungen sind auszubauen. Besonders die Chancen durch digitale Entwicklungen für die Mobilität im Ländlichen Raum werden bisher unzureichend wahrgenommen. Außerdem kann durch die Einführung von E-Ticketing die Attraktivität des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) gesteigert werden.

Die GRÜNE-Landtagsfraktion sieht folgende Handlungsbedarfe:

- ein Pilotprojekt für den autonomen Busverkehr im Ländlichen Raum

- unter sächsischen Start-ups einen Wettbewerb für innovative digitale Lösungen zur Verbesserung der Mobilität im Ländlichen Raum zu initiieren, der entsprechend finanziell unterlegt ist
- ein landesweit einheitliches E-Ticketing-System als Open-Source-Software anzubieten mit der Möglichkeit, Bike- und Carsharingdienste einzubinden und dieses zeitnah einzuführen

Bauen und Denkmalschutz

Bei der Bauplanung ergeben sich vielfältige Möglichkeiten, um durch digitale Lösungen zu Verbesserungen beizutragen. Hervorzuheben sind hierbei die Chancen durch das sogenannte "Building-Information-Modeling" (BIM), wodurch Bauwerksdaten digital erfasst, kombiniert, modelliert und für alle am Bau Beteiligten über den gesamten Lebenszyklus eines Gebäudes zur Verfügung gestellt werden können. Die Bemühungen des Staatsbetriebs Sächsisches Immobilien- und Baumanagement (SIB), unter anderem in Form von zwei BIM-Pilotprojekten im Landesbau, sind daher zu begrüßen. Im Bereich des Denkmalschutzes wurde mit der "Denkmalkarte Sachsen" ein gutes digitales Angebot geschaffen, um einen Überblick zu den Kulturdenkmälern zu erhalten. Die Potenziale der Digitalisierung für den Denkmalschutz werden allerdings noch nicht ausgeschöpft. Hier können weitere Anreize geschaffen werden.

Die GRÜNE-Landtagsfraktion sieht folgende Handlungsbedarfe:

- auch die Einführung von Building-Information-Modeling bei öffentlichen Bauvorhaben im Denkmalschutzbereich (Heritage BIM) voranzutreiben und auf Landesebene zu pilotieren
- die "Denkmalkarte Sachsen" um fehlende Gebiete zu vervollständigen, diese als "offenes digitales Wissensarchiv" zu erweitern (beispielsweise Anreicherung um Informationen zu Umbauten, Zustand, Nutzung) und als Open Data zur Verfügung zu stellen
- innovative digitale Angebote im Bereich Denkmalschutz zu unterstützen

Öffentlichen Bereich zukunftsfähig aufstellen - Verbesserungen für alle durch bessere Nutzung der digitalen Chancen - mehr Transparenz und Beteiligung

Öffentliche Verwaltung

Auch die Verwaltung in Sachsen muss endlich digitalisiert werden. Nach dem Onlinezugangsgesetz sind bis 2022 alle Verwaltungsverfahren online zu beantragen und abzuwickeln. An Strategien und Masterplänen mangelt es im Freistaat dabei nicht, wohl aber an der Umsetzung der Digitalisierung in der Praxis. Auch das Ausmaß der Veränderungen im Bereich der Personal- und Organisationsstruktur wurde bisher nicht analysiert, geschweige denn gab es Bemühungen zur Umsetzung. Der Einsatz von (teil-)automatisierten Verfahren sowie auftretende Probleme in der Landesverwaltung müsste transparent gemacht werden, denn bisher sind dazu kaum Informationen verfügbar. Die verwendeten Algorithmen sollten zudem nachvollziehbar und durch unabhängige Expert*innen überprüfbar sein. Außerdem muss mehr Sensibilität insbesondere für das Thema Datenschutz durch regelmäßige Weiterbildungen der Mitarbeiter*innen in der öffentlichen Verwaltung geschaffen werden.

Die GRÜNE-Landtagsfraktion sieht folgende Handlungsbedarfe:

- die konkreten Bedarfe bei der Umsetzung elektronischer Verwaltungsverfahren im Hinblick auf Personalentwicklung und -struktur in der Landesverwaltung schnellstmöglich zu erfassen
- (teil-)automatisierte Verfahren als Unterstützungsleistung für Mitarbeiter*innen in der öffentlichen Landesverwaltung gezielt einzusetzen und transparent sowie für unabhängigen Expert*innen überprüfbar zu machen
- Fort- und Weiterbildungen im Bereich Digitalisierung für Mitarbeiter*innen der öffentlichen Verwaltung zu priorisieren und auszubauen

Beteiligung

Die Möglichkeiten der Beteiligung für Bürger*innen sind im Freistaat mangelhaft. Mit der Plattform "Beteiligungsportal Sachsen" wurde zwar ein digitales Werkzeug durch die Staatsregierung geschaffen, um die Beteiligung von Bürger*innen an politischen Entscheidungsprozessen zu fördern. Allerdings ist dieses kaum bekannt. Auch die Nutzungsmöglichkeiten insgesamt sind unzureichend. Dabei sind Plattformen mit wesentlich breiter gefächerten Beteiligungsmöglichkeiten in anderen Bundesländern längst Realität. Anders als diese "top down" Plattformen initiieren zivilgesellschaftliche Akteur*innen außerdem längst digitale Partizipationsmöglichkeiten über Plattformen, in denen die Beteiligten selbst ihre Themen setzen können (zum Beispiel beim Projekt "aula") Die Staatsregierung erkennt zwar den Mehrwert solcher Plattformen, realisiert aber bisher keinerlei Maßnahmen zu deren Förderung.

Die GRÜNE-Landtagsfraktion sieht folgende Handlungsbedarfe:

- eine breitere Nutzbarkeit des Beteiligungsportals Sachsen sowie eine großflächige Bewerbung des Portals und seiner Möglichkeiten für Bürger*innen
- die gesetzlichen Grundlagen zu schaffen, um breitere Beteiligung zu ermöglichen und den Bürger*innen die Möglichkeit einzuräumen selbst Projekte anzustoßen
- die Möglichkeiten der digitalen zivilgesellschaftlichen Partizipation wahrzunehmen und zu fördern

Archive

Archive sind von unschätzbarem Wert. Vielfach schützt die Aufbewahrung jedoch nicht vor dem Verfall von Dokumenten. Durch die Digitalisierung der Archive werden diese nicht nur dauerhaft nutzbar, sondern auch zeitgemäß für eine breite Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Die Staatsregierung plant jedoch gerade einmal 5 Prozent des Archivguts zu digitalisieren. Dieser Umfang ist deutlich zu gering, um eine hinreichende Transparenz in naher Zukunft gegenüber der Bevölkerung herzustellen. Die Personalausstattung der Archive, auch auf kommunaler Ebene, ist unzureichend, um diese riesige Aufgabe zu stemmen. An dieser Stelle ist eine Unterstützung durch das Land gefragt. Dabei müssen ebenso Synergien mit dem bestehenden Digitalisierungsprogramm für das Staatsarchiv genutzt werden. Darüber hinaus ist die Erarbeitung eines Konzepts für attraktive und frei zugängliche Nutzung des digitali-

sierten Archivguts ("virtueller Lesesaal") unter Berücksichtigung von Persönlichkeitsrechten und unter Beteiligung der Bürger*innen als prioritär anzusehen.

Die GRÜNE-Landtagsfraktion sieht folgende Handlungsbedarfe:

- einen engen Zeitplan mit Fristen und entsprechenden Maßnahmen zur Digitalisierung des Archivguts im Sächsischen Staatsarchiv
- die Beratung der kommunalen Archive durch das Staatsarchiv auszubauen und ein Förderprogramm für Digitalisierungsprojekte der kommunalen Archive aufzustellen
- eine gemeinsame Open-Access-Plattform für digitalisiertes Archivgut sowohl des Staatsarchivs als auch der kommunalen Archive zu entwickeln
- den Start des Beteiligungsprozesses mit Vertreter*innen der Archive, aus der Wissenschaft und der Zivilgesellschaft zur Konzepterstellung für einen "virtueller Lesesaal" der sächsischen Archive sowie den Zeitplan zu dessen Umsetzung

Justiz und Strafvollzug

Das Sächsische Strafvollzugsgesetz verlangt die Angleichung des Justizvollzugs an die allgemeinen Lebensverhältnisse außerhalb der Gefängnismauern. Das trägt zur Resozialisierung und einem straf-freien Leben nach der Haftentlassung, dem Hauptzweck des Vollzugs, bei. Tatsächlich findet die zunehmende Digitalisierung aber hinter sächsischen Gittern so gut wie nicht statt. Die Bemühungen, die Gefangenen an der digitalen Gegenwart teilhaben zu lassen, sind nur punktuell und werden auch qualitativ nicht ausgebaut. Dabei ist der überwachte Zugang zum Internet nicht nur bei der Entlassungsvorbereitung (Wohnungs- und Arbeitssuche) unerlässlich. Er ermöglicht ebenso umfassende (Weiter-)Bildung durch digitale Instrumente. Das im sächsischen Justizvollzug angebotene Projekt "elis" (E-Learning im Strafvollzug) ist jedoch nicht in allen Haftanstalten verfügbar. Auch an den sächsischen Gerichten werden die digitalen Möglichkeiten noch lange nicht ausgeschöpft. So wird die Möglichkeit der Online-Verhandlungsführung nach § 128a ZPO bisher kaum genutzt.

Die GRÜNE-Landtagsfraktion sieht folgende Handlungsbedarfe:

- für Gefangene aller sächsischen Haftanstalten einen überwachten und kostenfreien Zugang zum Internet, z.B. durch "white listing" oder "black listing", zu ermöglichen
- kostenfreie E-Learning / OER-Module, insbesondere des Projekts "elis", in allen JVAen zur Verfügung zu stellen
- die Ausweitung der Möglichkeiten der Online-Verhandlungsführung (§ 128a ZPO) in den sächsischen Gerichten durch aktive Unterstützung der Richter*innen hierbei und ggf. weitergehende Gesetzesänderungen auf Bundes- und Landesebene anzustrengen

Wirtschaft und Arbeit - infrastrukturelle Voraussetzungen schaffen, digitale Innovationen fördern, kleine und mittlere Unternehmen und Bürger*innen beim Wandel mitnehmen

Innovation

Die Digitalisierung ist als Megatrend des 21. Jahrhunderts der Innovationstreiber schlechthin. In Sachsen existieren zwei sogenannte "Hubs" (im Rahmen der de:hub-Initiative des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie) als Innovationszentren. Das Land bietet zudem Gründerstipendien zur Förderung digitaler Innovationen an. Wesentliche Weichen, um das Land als Standort für Gründer*innen attraktiver zu machen, wurden jedoch immer noch nicht gestellt. Seit Jahren sinkt die Anzahl der Start up's in Sachsen. Es fehlt weiterhin an sinnvollen und ausreichend finanzierten Experimentierräumen. Das Potential der Kultur- und Kreativwirtschaft wird zu wenig mitgedacht. Die Anregung von sozialen und kreativen Innovationen, beispielsweise in den Bereichen Ehrenamt, Bildung oder Barrierefreiheit muss stärker in den Fokus rücken. Gründerinnen und Gründer brauchen eine bessere Unterstützung – auch wenn eine Idee einmal scheitert.

Die GRÜNE-Landtagsfraktion sieht folgende Handlungsbedarfe:

- die Rahmenbedingungen für Gründungen zu verbessern, in etwa durch mehr sinnvolle und auskömmlich finanzierte Experimentierräume sowie in diesem Zusammenhang die Gründung eines Digital Hubs für Social Start-ups zu prüfen beziehungsweise bestehende Strukturen wie das Social Impact Lab in Leipzig zu fördern und auszubauen
- die Bemühungen zur Gewinnung von Venture Capital-Gebern außerhalb von Sachsen durch geeignete Veranstaltungsformate auszubauen, zum Beispiel durch das Sachsen-Verbindungsbüro in Brüssel
- die Bedingungen zur persönlichen Haftung bei staatlichen Start up-Finanzierungsinstrumenten zu überprüfen

Wirtschaft

In der Wirtschaft partizipieren kleine und mittlere Unternehmen (KMU) im Vergleich zu Großunternehmen unterdurchschnittlich am digitalen Wandel. Zwar nimmt sich die Staatsregierung dem Thema an, beispielsweise durch Überarbeitung der Mittelstandsrichtlinie. Die Bemühungen sind dennoch nicht ausreichend. Die derzeitigen Beratungsangebote für KMU werden häufig nur als oberflächliche Überzeugungsarbeit wahrgenommen, um Widerstände gegen die Digitalisierung abzubauen. Stattdessen wird eine viel intensivere, zielgruppengenaue und branchenspezifische Beratung benötigt. Darüber hinaus sind die Angebote zur Vernetzung zwischen Wissenschaft, Wirtschaft und weiteren relevanten Akteuren sowie die Verbreitung von Best-Practice- Beispielen bisher unzureichend. Open Source-Entwicklungen werden bis jetzt kaum durch das Land gefördert. Hier ist ein Gegensteuern erforderlich.

Die GRÜNE-Landtagsfraktion sieht folgende Handlungsbedarfe:

- die Beratungsstrukturen für KMU hinsichtlich der digitalen Entwicklungen auf die konkreten, branchenspezifischen Bedarfe der einzelnen Unternehmen auszurichten, beispielsweise durch

die Förderung, Listung und Bewerbung von "Digitalberatern" nach bestimmten Qualitätskriterien

- durch die Entwicklung einer zentralen Plattform "Wirtschaft 4.0", die die Bereiche Handwerk, Dienstleistungen und Industrie gleichermaßen umfasst, zur besseren Vernetzung und der Verbreitung von Best-Practice-Lösungen beizutragen
- die geringe Unterstützung von Open Source-Innovationen der KMU zu untersuchen, in etwa durch Überprüfung der bestehenden Förderprogramme hinsichtlich ihrer Eignung für Open Source-Projekte

Arbeit und Berufsbildung

Die GRÜNE-Fraktion plädiert dafür, die Chancen im Zuge des digitalen Wandels verstärkt in den Blick zu nehmen, um Ängsten zum Beispiel bezüglich eines Wegfalls des Arbeitsplatzes zu begegnen. Potenziale sind dabei beispielsweise - insbesondere für den Ländlichen Raum - in sogenannten "CoWorking-Spaces" zu sehen, denn immer mehr Berufe können faktisch an jedem Ort ausgeführt werden, wo ein Internetzugang vorhanden ist.

Das Thema Berufsbildung wird in der Digitalisierungsstrategie nicht aufgegriffen. Dabei ist unklar, inwieweit veränderte Anforderungen im Zuge der Digitalisierung in den sächsischen Berufsschulen tatsächlich umgesetzt werden können und welcher weitere strategische Handlungsbedarf besteht. Daher sind diese Fragestellungen in etwa im Rahmen von Pilotprojekten zu untersuchen sowie die Vernetzung der Berufsschulen und Überbetrieblichen Berufsbildungsstätten voranzutreiben.

Die GRÜNE-Landtagsfraktion sieht folgende Handlungsbedarfe:

- die Gestaltung der zukünftigen Arbeitswelt angesichts des digitalen Wandels mit innovativen Diskussions- und Beteiligungsformaten noch viel breiter zu diskutieren
- ein Förderprogramm für den Aufbau von CoWorking-Spaces im Ländlichen Raum
- die Anforderungen im Zuge der Digitalisierung an die Berufsbildung beispielsweise im Rahmen von Pilotprojekten zu untersuchen, um die konkreten und unterschiedlichen Bedarfe der Berufsschulen zur Qualifizierung der Fachkräfte und des Ausbildungspersonals sowie zur entsprechenden Ausstattung der Berufsschulen zu identifizieren
- die Vernetzung der Bildungszentren voranzutreiben, dabei wären in etwa an den Kammern angesiedelte Servicestellen als sinnvoll anzusehen

Infrastruktur

Der flächendeckende Glasfaserausbau ist die Grundvoraussetzung, um die Digitalisierung in Gesamt-Sachsen zu gestalten. Insbesondere mit der Möglichkeit einer hundertprozentigen Förderung für die Kommunen durch Bund und Land beim Glasfaserausbau wurde ein längst überfälliger Schritt hin zu einer flächendeckenden Breitbandverfügbarkeit geschaffen. Dennoch sind die derzeitigen Förderbedingungen nicht adäquat für eine Internetversorgung, die auch zukünftigen Bedarfen entspricht. Da die

sogenannte "Aufgreifschwelle" der Förderung bei derzeit 30 Mbit/s liegt, können in darüber liegenden Gebieten Ausbauvorhaben nicht gefördert werden. Hier ist ein Nachsteuern erforderlich. Insgesamt muss für eine ausreichende Internetversorgung der Zukunft aus Sicht der GRÜNEN-Landtagsfraktion die Verfügbarkeit von Bandbreiten mit mindestens einem Gigabit pro Sekunde angestrebt werden. Zudem braucht es freie W-LAN-Netze, um die Internetversorgung für alle Menschen in Sachsen unabhängig von ihrem sozialen Status zu unterstützen.

Die GRÜNE-Landtagsfraktion sieht folgende Handlungsbedarfe:

- sich auf EU- und Bundes-Ebene für eine Erhöhung der Aufgreifschwelle auf zunächst 100 Mbit/s sowie deren dynamische Weiterentwicklung einzusetzen
- eine tragfähige Strategie für den Weg hin zu einer Gigabit-Gesellschaft
- die Förderung für öffentliche WLAN-Hotspots über touristische Regionen hinaus auszuweiten
- die öffentliche Aufmerksamkeit für das bürgerschaftliche Engagement der Freifunk-Initiativen mit einer Informationskampagne zu steigern sowie deren Förderung zu ermöglichen und umzusetzen

Chancen für den Kultur- und Medienbereich sowie zur Stärkung der sorbischen Minderheit wahrnehmen

Weiterentwicklung der Kulturförderung - Digitale Medienkultur, digitale Kunst & Games

Im Kulturbereich wird Digitalisierung bisher vor allem mit der digitalen Speicherung und Zugänglichmachung von Kulturgut thematisiert. Ein wichtiger kulturpolitischer Schritt ist es, insbesondere für Museen und Bibliotheken Wege zu ebnen, wie ein möglichst umfassender freier und offener Zugang zu den digitalisierten/digitalen Werken und Ansichten erfolgen kann. Das bedeutet, dass dieser online für alle und nicht nur in "digitalen Lesesälen" vor Ort, ermöglicht und mit urheberrechtlichen und finanziellen Aspekten in Einklang gebracht wird. Dieser Aufgabe hat sich das Sächsische Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst (SWMK) mit dem Landesdigitalisierungsprogramm, der Förderung der Sicherung des Audiovisuellen Erbes und einer Künstlerdatenbank angenommen. Die Überlegungen der Staatsregierung zu den Auswirkungen der Digitalisierung auf das kulturelle Schaffen und die Rezeption durch verschiedene Zielgruppen stehen erst am Anfang. Schon heute gibt es neue narrative und interaktive Ausdruckformen, netz-, daten- und plattformbasierte Kunst sowie partizipative Kunst im Rahmen digitaler Medienkultur. Objekte in Museen werden vom Publikum zunehmend nicht nur betrachtet, sondern auch als Material für die eigene kulturelle Auseinandersetzung genutzt. OpenData- und OpenAccess-Ansätze geben Antworten auf die Nutzungsgewohnheiten insbesondere der jungen Generationen. Hier ist der digitale Erkenntnisgewinn und die Interessenbildung der Kulturschaffenden anzuregen, mehr förderpolitische Experimente zu wagen und auch die Weiterbildungsmöglichkeiten zu verbessern - wobei es nie darum geht, bestehende, nicht-digitale Kunst und Zugänge zu Kultur zu ersetzen.

Die GRÜNE-Landtagsfraktion sieht folgende Handlungsbedarfe:

- einen möglichst umfassenden freien und offenen Zugang zu digitalisierten/digitalen Werken und Ansichten nicht nur in Lesesälen zu unterstützen
- den digitalen Wandel in der kulturellen Praxis zu erfassen und mit Kulturschaffenden mit Blick auf eine Weiterentwicklung der Kulturförderung spartenübergreifend zu diskutieren, z.B. in Form spezifischer Förderinstrumente der Kulturstiftung des Freistaates Sachsen (KdFS) für digitale Experimentierräume
- Angebote zur digitalen Qualifizierung und Weiterbildung für Kulturschaffende, Kulturvermittelnde und Kulturfördernde zu installieren

Kultur- und Kreativwirtschaft

Der Digitalisierungsgrad der Kultur- und Kreativwirtschaft (KKWi) ist vergleichsweise hoch. Die Branche hat eine Leitfunktion für weitere Branchen, weil hier digitale Lösungen zum Beispiel für Vermarktung oder Design geschaffen und crowdbasierte Arbeits-, Entwicklungs- und Produktionsformen entwickelt werden. Allerdings steht auch die KKWi vor Herausforderungen, in etwa durch geringere Wertschöpfung beim Vertrieb über globale digitale Plattformen (Platform Economy). Bei der Förderung sind die Unternehmen der KKWi daher stärker in den Blick zu nehmen und die entsprechenden Programme für diese anzupassen. Die geringe Anzahl von Games-Produzent*innen in Sachsen ist bisher kein Bestandteil der Digitalisierungsstrategie, dabei gewinnen Games als Kulturgut und Innovationsmotor, aber auch die Design- und Musikbranche immer mehr an Bedeutung. Die KKWi erbringt außerdem nicht nur Innovationen für andere Wirtschaftssektoren, sondern nimmt ebenso eine Schlüsselrolle für verschiedene gesellschaftliche Bereiche ein, zum Beispiel durch die partizipative Konzeption und Erstellung von Tools für das Ehrenamtsmanagement in Vereinen. Diese Rolle wird bisher nicht durch Maßnahmen des Landes aufgegriffen.

Die GRÜNE-Landtagsfraktion sieht folgende Handlungsbedarfe:

- Förderinstrumente der Mittelstandsrichtlinie (z.B. Beratung/Coaching) passfähig zu machen bzw. neu zu entwickeln, insbesondere für Kleinstunternehmen und Soloselbstständige der KKWi
- die Förderung von Modellen und Kooperationsstrategien für eine Erhöhung der Wertschöpfung in Sachsen
- das Potential des Games-Marktes in Sachsen gesondert zu untersuchen und die Rahmenbedingungen für Entwicklungen der Games-Branche zu verbessern
- die Schlüsselrolle der Branche für Innovationen im gemeinnützigen Sektor zu nutzen, indem digitale Produkte staatlich beauftragt sowie frei nutzbar gemacht werden

Medien

Durch digitale Plattformen und Social Media sind zu den traditionellen Medien seit einigen Jahren neue Medienunternehmen und aktive Nutzer*innen an der öffentlichen Meinungsbildung beteiligt. Für die Meinungsvielfalt ist es grundsätzlich ein Gewinn, wenn jede und jeder sich an öffentlichen Dis-

kursen beteiligten kann. Allerdings gerät Meinungsvielfalt heute durch die neue Aufmerksamkeitskonzentration und nicht nachvollziehbare Selektion von Informationen durch Google, Facebook und Co. ins Hintertreffen. Die zuständigen Bundesländer müssen deshalb im Rahmen länderübergreifender Staatsverträge neue Regeln und Konzepte zur Förderung der Meinungsvielfalt finden sowie für die künftigen Aufgaben und die Entwicklungsfähigkeit öffentlich-rechtlicher Medien wie ZDF, Deutschlandradio und ARD. Auch mit Blick auf die sächsische Medienlandschaft hat die Staatsregierung keinen strategischen Anspruch und versteckt sich hinter ihrer Rolle als Rechtsaufsicht über die SLM (Sächsische Landesanstalt für Rundfunk und Neue Medien). Dabei könnte sie ihrer Mitverantwortung durchaus gerecht werden, ohne Medien verfassungsrechtlich bedenkliche Vorgaben zu machen. Zum Beispiel wäre möglich, dass sie mit der SLM oder Medienverbänden kooperiert und Initiativen anregt und mitfinanziert, die Impulse zu wichtigen Entwicklungsaufgaben setzen - in etwa zu digitalen Innovationen und Geschäftsmodellen für den Lokal- und Regionaljournalismus.

Die GRÜNE-Landtagsfraktion sieht folgende Handlungsbedarfe:

- einen Bericht zur Entwicklung der Medienlandschaft in Sachsen, der qualitativ Modelle der lokal- und regionalen Berichterstattung, die lokale und regionale Vielfalt in Sachsen bewertet sowie Diskussions- und Handlungsimpulse setzt
- die strategische Position hinsichtlich der langfristigen Entwicklung der öffentlich-rechtlichen Medien offenzulegen und mit der Bevölkerung gemeinsam zu diskutieren
- Impulse wie Tagungen, Wettbewerbe oder Modellprojekte zur Unterstützung von Onlinejournalismus insbesondere für die regionale und lokale Berichterstattung sowie zur Weiterentwicklung und zum Aufbau nicht-kommerzieller Bürger*innenmedien in Sachsen zu fördern

Sorbische Minderheit

Der Schutz der sorbischen Minderheit hat in Sachsen verfassungsmäßigen Rang. Demzufolge ist die Digitalisierung in Hinblick auf ihre Chancen und Risiken für die sächsischen Sorben in besonderem Maße mitzudenken. Die Projekte zur digitalen Unterstützung der sorbischen Sprache, welche im Rahmen des Digitalisierungsprogramms gefördert werden, sind richtig und wichtig. Dennoch werden die digitalen Potenziale zur Wahrung der sorbischen Sprache und Kultur noch nicht voll ausgeschöpft.

Die GRÜNE-Landtagsfraktion sieht folgende Handlungsbedarfe:

- sich für eine Gleichberechtigung der sorbischen Sprache bei digitalen Angeboten mit hoher Reichweite, insbesondere im Bereich Suchmaschinen und soziale Netzwerke bei den entsprechenden Unternehmen einzusetzen, gegebenenfalls mit Unterstützung des Bundes und des Lands Brandenburg
- die Förderung der Kommunen im sorbischen Siedlungsgebiet zur Implikation der sorbischen Sprache in die Internetauftritte der Gemeinden zu ermöglichen
- einen Wettbewerb für digitale Angebote (z.B. Apps oder Plattformen) zur Stärkung der Sichtbarkeit der sorbischen Minderheit

KONTAKT

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
im Sächsischen Landtag
Bernhard-von-Lindenau-Platz 1
01067 Dresden

Dr. Claudia Maicher
Kulturpolitische Sprecherin
E-Mail: claudia.maicher@slt.sachsen.de

GRÜNE-Pressestelle
Telefon: 0351 / 493 4814
E-Mail: gruene-presse@slt.sachsen.de



www.gruene-fraktion-sachsen.de
GrueneFraktionSachsen 
GrueneFraktionSachsen 
SaxGruen 

Bildnachweis
Foto Dr. Claudia Maicher: Dirk Hanus